

# Von der Befreiten Uni zur Lernfabrik

Manfred Suchan (1998, vom Autor überarbeitet 2008)

<sup>1</sup> Klaus Heinrich, studentischer Mitbegründer der FU, 1989: Zur Geistlosigkeit der Universität heute. In: Das Argument 173, S. 9.

## **Das neue neoliberale Regulationsregime autoritärer Herrschaft vor der Vollendung?**

*„Die Forderung nach Demokratisierung der wissenschaftlichen Produktion in der Hochschule ist kein Vorschlag zur größeren Effizienz oder zur besseren Planung von Leistungssteigerung. Die Entfesselung von Produktivkräften, auf die diese Forderung nach Demokratisierung der Hochschule hinauswill, steht mit dem zur systemstabilisierenden Leistungsmoral verkommenen Begriff von Produktivitätssteigerung in Widerspruch. Denn die intendierte Entfesselung der Produktivkräfte besteht nicht in weiterer Steigerung inhaltsleerer Leistungsfähigkeit, sondern in der Emanzipation der lebendigen Produktivkraft Mensch zur Bestimmung und Aneignung des gesamten Produktionsprozesses seines Lebens.“ (Aus der Hochschulresolution der 22. Delegiertenkonferenz des SDS 1967)*

*„Ich beginne mit der Beziehung der Universitätsmitglieder zu ihrer Institution. Was jeden Angehörigen meiner Generation verblüfft, ist die totale Enterotisierung dieser Beziehung. Die Universität ist nicht mehr Haß- und Liebesobjekt, so wie zuletzt noch für die Generation der Studentenbewegung der sechziger Jahre [...]. Es gibt keine Universitätsutopien mehr, und immer weniger ehemalige Universitätsutopisten werten dies als Charakteristikum einer Umbruchszeit. Folgerichtig ist die Universität mit ihren Problemen auch dem öffentlichen Interesse abhandengekommen [...].“ – Klaus Heinrich <sup>1</sup>*

16 Jahre neokonservative Hegemonie haben in Universität und Gesellschaft Ruinenlandschaften hinterlassen. Noch bis Ende der 80er Jahre sah es so aus, als könnten starke Neue Soziale Bewegungen, und mit ihnen die Studierendenbewegung, ein wirksames Gegengewicht zu dem neoliberalen Bündnis aus Konservativen und ModernisiererInnen bilden. Doch nur letzteres, dessen Zeit schon abgelaufen schien, konnte politischen Gewinn aus dem unverhofften Zusammenbruch der ‚Systemalternative‘ ziehen, so daß die 90er Jahre die lange zuvor angekündigte ‚geistig-moralische Wende‘ brachten. Nach einem kurzen, aber heftigen Kampf um die Definition der Situation war klar: Die zuvor ausgemachten Grenzen des Wachstums sollten nun noch einmal überschritten werden. Der zuvor scharf kritisierte technologische und wissenschaftliche Fortschritt wurde revisionistisch umgearbeitet und konnte schließlich ganz und gar unambivalent wieder zur ersten Produktivkraft ausgerufen werden. Die Neuen Sozialen Bewegungen verfielen, und neo-,liberale‘ Politik konnte jetzt hemmungslos umgesetzt werden. Der Weg zur neo-konformistischen autoritären Leistungsuniversität war frei.

Bei einem wahrscheinlichen Regierungswechsel in Berlin im nächsten Jahr (1999) ist es daher ungewiß, ob es einer Sozialdemokratie, die mit der Verstaatlichung der Universitäten bei gleichzeitiger Entstaatlichung der Wirtschaft in den 70er Jahren dem Konservatismus die Wende vorwegnahm, und Bündnisgrünen, denen mit ihrer Basis ihr Subjekt verloren gegangen scheint, sowie marginalisierten demokratischen Sozialisten gelingen wird, einen überfäll-

ligen Paradigmenwechsel in Universität und Gesellschaft einzuleiten, wenn dieser nicht von einer breiten emanzipatorischen Bewegung eingefordert wird.

### 1. Der Verlust der Utopie und die Krise der FU

Der letzte bedeutende Aufbruch von Studierenden der FU im WS 1988/89 liegt mittlerweile 10 Jahre zurück. Dieser war zugleich der letzte studentische Aufbruch, bei dem der Studierendenschaft der FU noch eine Vorreiterrolle innerhalb der Studierendenbewegung der BRD zukam. Auch diesem Aufbruch lag ein über Jahrzehnte existentes Selbstbewußtsein der Studierendenschaft der FU zugrunde, das ohne Berücksichtigung der Besonderheiten der von Studierenden gegründeten Freien Universität und ihres Modellanspruchs unverstänlich bleibt. Gerade dieses Selbstbewußtsein gab den Studierenden der FU lange Zeit die Kraft zum Widerstehen gegenüber den Zumutungen und Anmaßungen der restaurierten alten Verhältnisse in Universität und Gesellschaft.

So führte die Studierendenschaft der FU im Rekurs auf den Gründungsanspruch der Freien Universität auch dann noch einen hoffnungslosen Kampf um die grundlegende Reform von Universität und Gesellschaft, gegen einen wiederaufgeordneten ‚Muff von 1000 Jahren‘, als dieser woanders schon längst aufgegeben worden war. Quelle dieser Kraft war die von Studierenden der FU immer wieder erneut aufgegriffene, neu interpretierte und umgesetzte Utopie einer repressionsfreien Universität ohne Zwang in einer freien Gesellschaft. Diesem immer wieder erneuerten Mut zur Utopie ihrer Studierendenschaft verdankt die FU ihre Entstehung und ihre Fortexistenz. Ein dauerhafter Verlust dieser Utopie und die bleibende Unfähigkeit ihrer Studierendenschaft zur Erneuerung dieser Utopie wäre daher das endgültige Ende der Freien Universität. Die Entwicklungen der 90er Jahre bis hin zum studentischen Streik 1997 lassen es jedoch ungewiß erscheinen, ob es einer tiefgreifend entpolitisierten Studierendenschaft in Zukunft gelingen wird, zumindest die Idee freier Universitäten zu bewahren.

### 2. Von der neokonservativen Wendeuni zur Befreiten Uni

Niemand hatte unmittelbar vor dem Dezember 1988 mit studentischen Protesten gerechnet: weder auf der Seite der organisierten Hochschullinken<sup>2</sup>, noch auf Seiten der Universitätsverwaltung und der Berliner Senatsadministration. Zudem lag der letzte bedeutende studentische Aufbruch mittlerweile auch schon 10 Jahre zurück. Damals galt es, mit einem ‚nationalen Studentenstreik‘ im WS 1977/78 und der Gründung ‚Demokratischer Gegenhochschulen‘ Reste der Universitätsreform von 1969 im Hochschulrahmengesetz (HRG) zu retten<sup>3</sup>. An der FU gelang der Bewegung immerhin die Absicherung ihres UStA im HRG<sup>4</sup>, so daß die Studierendenschaft der FU nach neun Jahren wieder über einen AstA verfügte. Doch letztlich nahm eine technokratische ‚Reform‘ mit der Verstaatlichung der Universitäten bei gleichzeitiger Entstaatlichung der Wirtschaft dem Neokonservatismus die ‚Wende‘ vorweg.

Seitdem war es still geworden an den Universitäten. Eine Durchrationalisierung der Universitätslandschaft gemäß neokonservativ-neoliberalen Paradigma schien auf keinen nennenswerten Widerstand zu stoßen. Dies verleitete die Universitätsmanager zu Trugschlüssen. Doch ein erstes Vorzeichen einer wiederentstehenden Studierendenbewegung war der studentische Streik im Januar und Februar

1986 zum Erhalt des tarifvertraglich abgesicherten Berliner Tutorienmodells<sup>5</sup>. Ebenso konnte die beabsichtigte Abschaffung der verfaßten Studierendenschaft abgewehrt werden<sup>6</sup>. Mit einem derart entschlossenen Widerstand der Studierenden hatte keiner der selbsternannten Regulatoren der sprichwörtlichen ‚deutschen Bildungskatastrophe‘ aus Universitätsführung und Senatsadministration gerechnet, so daß der CDU/FDP-Senat gar seinen Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig 1986 fallen ließ. Kewenig fand von nun an als Innensenator Verwendung, um fortan die Universitäten von außen polizeitechnisch zu regulieren, wie sich bald zeigen sollte. Ersetzt wurde er durch George Turner, der die gleiche Politik in abgewandelter Verpackung erneut präsentierte. Die Zusammenarbeit des Wissenschaftssenators insbesondere mit der FU war hervorragend. Dafür sorgte FU-Präsident Dieter Heckelmann, der von der ‚Liberalen Aktion‘, dem hochschulpolitischen Arm der Notgemeinschaft für eine freie Universität (NofU), mit verschiedenen Tricks bis hin zu Wahlmanipulationen fast 10 Jahre im Amt gehalten wurde<sup>7</sup>. Erst die vom Akademischen Senat (AS) und Kuratorium am 28.11.1988 geplante Zusammenlegung mehrerer Institute und die offiziellen Jubelfeiern zum 40-jährigen Bestehen der FU unter demonstrativem Ausschluß der studentischen Öffentlichkeit bewirkte den entschlossenen und geschlossenen Massenprotest der Studierenden.

Nach der Kritischen Uni 20 Jahre zuvor war die im WS 1988/89 neu entstandene Befreite Uni ein weiterer Versuch der Studierenden der FU, den studentischen Gründungsanspruch der FU aufzugreifen, neu zu interpretieren und zeitgemäß umzusetzen.

### 3. Die Re-Formierung der autoritären Leistungsuniversität

Die gewaltige Stärke der UNiMUT-Bewegung während ihrer Hochphase im Dezember verleitete einen Großteil der AktivistInnen zu dem Trugschluß, alles sei hier und jetzt möglich. Doch die Hoffnung der UNiMUT-bewegten Aktiven auf einen Fortbestand der Befreiten Uni über die Semesterferien hinweg ins SoSe 1989 erfüllte sich nicht.

Zwar war die Befreite Uni nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29.01.1989 nicht mehr durch den Senat und die von ihm zu verantwortenden Prügeleinsätze der Polizei unter der Regie des Innensensors Kewenig bedroht, mit denen der CDU/FDP-Senat noch kurz vor den Wahlen die ‚Universitätsfrage‘ gewaltsam lösen wollte. Über 200 verletzte StudentInnen, 55 Festnahmen und davon 26 Ermittlungsverfahren, 34 Hausfriedensbruchanzeigen und 17 Strafprozesse war die Bilanz nach mehrtägigem Wüten der Aufstandsbekämpfungseinheit EbLT auf dem Campus<sup>8</sup>.

Als konzertierte Bedrohung der Befreiten Uni erwiesen sich nun einerseits die Konjunkturen studentischer Bewegung, die während der Semesterferien eine erdrutschartige Baisse verzeichneten. Kombiniert mit den Restaurationsbestrebungen des materiell und institutionell privilegierten NofU-Kartells um Heckelmann<sup>9</sup>, bedeuteten sie das vorläufige Ende der Befreiten Uni. Zwar verweigerte der neue SPD/AL-Senat der FU-Führung unter Heckelmann Polizeieinsätze und verlangte Auseinandersetzungen auf Verhandlungsebene, gegen die sich sogar der Berliner Landesverband der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgesprochen hatte: Die Polizei sei nicht bereit, „für politisches Versagen den Kopf hinzuhalten“ (DPA: 28.02.1989). Doch die FU-Führung vertrieb mit Wachschutzpersonal die ver-

<sup>2</sup> Pascal Beucker diagnostiziert treffend: „Doch die neue ‚StudentInnenbewegung‘ stellt nicht die Ursache für eine Krise der Hochschullinken dar, sie ist vielmehr Ausdruck dieser Krise. Aufgetrieben in ritualisiertem innerlinkem Hickhack, gut eingerichtet in den linken Nischen der studentischen Selbstverwaltung und den eigenen Zusammenhang als Nabel der Welt begreifend, ist die Hochschullinke schon seit einiger Zeit nicht mehr in der Lage, veränderte Realitäten an den Hochschulen adäquat wahrzunehmen und sich den daraus entstandenen neuen Anforderungen an linke Politik zu stellen.“ In: ders. 1989: Die Karten werden neu gemischt. Die ‚Neue StudentInnenbewegung‘ und die organisierte Hochschullinke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 1990, S.82.

<sup>3</sup> Vergl.: Landefeld, Beate et al. 1978: Der Streik – Lehren aus dem 1. nationalen Studentenstreik Wintersemester 1977/78. Dortmund.

<sup>4</sup> Vergl.: UStA Hochschullehrerreferat 1977: Ergebnisse und Erfahrungen aus unserem 4-monatigen Arbeitsprozess zum Hochschulrahmengesetz und Referentenentwurf. Berlin.

<sup>5</sup> Der Arbeitskampf der 3700 studentischen Beschäftigten ist dokumentiert in: Büchner, Gerold et al. 1986: Bis hierher und nicht weiter. Der Berliner Torenstreik 1986. Hamburg.

<sup>6</sup> Das war eine der Hauptforderungen der Notgemeinschaft für eine freie Universität (NofU): „Die Organe der Verfaßten Studierendenschaft werden in Berlin auf absehbare Zeit in der Hand von Extremisten und Chaoten bleiben. Sie haben deshalb dem Ansehen der Berliner Hochschulen schweren Schaden zugefügt und werden das, wenn man sie nicht abschafft (sic!) [...], weiter tun.“ Aus: Nr. 640 der Veröffentlichungen der Notgemeinschaft für eine freie Universität, März 1986, S. 11.

<sup>7</sup> Über die Machenschaften der NoFU und das ‚Roll-back‘ der Reformuniversität hin zur reaktionären ‚Wende-Uni‘ hat der Informationsausschuß der Befreiten Universität nach einjähriger Recherche ein viel beachtetes, 256seitiges Buch geschrieben: FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde. Berlin. Dezember 1989. Erhältlich im AStA FU und im Projekt Archiv (ausleihbar in der UB).

<sup>8</sup> Die staatlichen Repressionen gegen Studierende im WS 1988/89 dokumentierte die Anti-Repressions AG des AStA FU im August 1990 in einer 88seitigen Broschüre: Haut weg den Scheiß! – Berichte, Fotos, Dokumentationen und Analysen der staatlichen Repressionen aufgrund des Universitätsstreiks im Wintersemester 1988/89. Berlin.

<sup>9</sup> Die NoFU-Professoren zogen andere Folgerungen aus dem Kampf um die Universität, als die Studierenden: „Als langfristige Maßnahme Korrektur der falschen Bildungspolitik, durch die zu viele Jugendliche auf das Gymnasium und in ein Studium geführt werden. Erheblicher Anteil der Gymnasiasten und Studenten für diesen Bildungsweg intellektuell und charakterlich ungeeignet. Daher nicht nur schwere Nachteile für die Betroffenen [...], sondern auch schwere Nachteile für die Volkswirtschaft [...]. Daher keine Aufhebung, sondern Verschärfung des NC [...]“. So ein Jura-Prof. der TU in einem Schreiben an die FAZ am 16.01.1989. Die Forderungen der NoFU scheinen in den 90er Jahren zentrales Element herrschender Bildungspolitik geworden zu sein.

<sup>10</sup> Aus einem Strategiepapier der Zentralen Universitätsverwaltung vom 23.02.1989, erstellt vom damaligen ‚Mann fürs Grobe‘, Präsidialamtsleiter Kurt Zegenhagen, wird ersichtlich, daß mit einem Fortbestand der Befreiten Uni gerechnet wurde, falls es nicht gelänge, sie gewaltsam zu zerschlagen: „Es ist nicht zu erwarten, daß sich zum Sommerse-

bliebenen Besetzungseinheiten aus den Befreiten Instituten, „...um einen geordneten Vorlesungsbetrieb für das Sommersemester vorzubereiten“<sup>10</sup>, so daß nach kurzer Zeit der Status quo ante mitsamt den überwunden geglaubten Herrschaftsverhältnissen restauriert war<sup>11</sup>.

Wachschutzgestütztes Hochschulregiment bleibt seitdem bis heute Grundlage autoritären Hochschulmanagements ‚top down‘ von oben, um den Studierenden unmißverständlich die Allmacht des etablierten Apparates und die eigene Ohnmacht nachhaltig bewußtseinsprägend vor Augen zu führen. Wie Mafiabosse in einem billigen Film, umgeben von willigen VollstreckerInnen ihres Machtwillens, treten heute VertreterInnen des Präsidialamts in der universitären Öffentlichkeit auf. Wachschutzeinheiten sind immer zur Stelle, um Manifestationen der mittlerweile geschichtlichen Krise der FU autoritativ-sozialtechnisch zu pazifizieren. Der rationale Diskurs hingegen wird schon seit Jahrzehnten verweigert.

#### 4. Keine Chance zum Neuanfang

Entgegen den Hoffnungen vieler Aktiver gelang es nach der Zerschlagung der Befreiten Uni den Studierenden im folgenden Semester nicht mehr, gegen einen institutionell und materiell überlegenen Gegner erneut die nötigen Freiräume für eine Befreite Uni zu erkämpfen, so daß ungehindert die normierende Macht des gesetzten Faktischen wirkte<sup>12</sup>. Lediglich hochschulintern erfolgte der Versuch einer institutionellen Einbindung der 300 Autonomen Seminare der Befreiten Uni durch das Zentrale Projektstudienprogramm des Akademischen Senats vom 03.05.1989.

Zwar löste 1991 innerhalb der FU Präsident Johann Wilhelm Gerlach den von Skandalen und Intrigen belasteten Präsidenten der NoFU, Dieter Heckelmann, ab. Mit seiner Wahl verbanden sich Hoffnungen auf Durchsetzung von Studienreform, Demokratisierung, Frauenförderung, Gleichstellung von AusländerInnen und studentInnenfreundlicher Politik<sup>13</sup>. Auch begann Gerlach sein Amt mit viel Elan, doch die Hoffnungen, die von den Studierenden anfänglich in den als linksliberal geltenden Präsidenten gesetzt wurden, hielten nicht und wurden schwer enttäuscht. Auch er stand den alten und neuen Sach- und Geldzwängen völlig hilflos gegenüber. Im Bestreben, die FU irgendwie zusammenzuhalten, machte er weitaus mehr Konzessionen an alte Seilschaften und professoralen Standesdünkel als an die Interessen der übrigen Gruppen. Schon ein Jahr nach seiner Wahl erfolgte der erste Polizeieinsatz auf dem Campus, und sozialtechnologisches Krisenmanagement blieb weiterhin Bestandteil autoritären Universitätsregiments. Auch in der Lehre kam es nicht zu den versprochenen Verbesserungen. Statt einer egalitären Gemeinschaft zwischen Lehrenden und Lernenden entwickelte sich erneut regressiv das überkommene Gegenüber des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, das nicht die Lösung anstehender Probleme durch gemeinsame rationale Argumentation sucht, sondern nur erzieherisch durch Maßregelung der einen Seite wirkt. Die Chance einer demokratischen Lösung der historisch gewachsenen Krise der FU wurde erneut vertan.

Der SPD/AL-Senat hatte zwar durch Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel zögerlich einige Reformen an den Universitäten eingeleitet, und ein Entwurf für ein novelliertes Berliner Hochschulgesetz sollte mehr Autonomie und Demokratie für die Universitäten sowie Hochschulzugang auch ohne Abitur bringen (taz: 08.06.1990). Doch in den Berliner Universitätsverwaltungen herrschte

wenig Bereitschaft zur Reform. Mit einem flächendeckenden Numerus clausus wollten sie einen erwarteten Ansturm von DDR-BewerberInnen abschrecken (Tagesspiegel: 07.06.1990), der dann jedoch ausblieb (taz: 15.08.1990). Dieser Senat geriet jedoch in den Strudel des Zusammenschlusses von BRD und DDR, so daß er 1990 weit vor Ende seiner Legislaturperiode durch die große Koalition von CDU und SPD abgelöst wurde. Es stellte sich wieder einmal die Frage, wie und zu welchem Ende die sprichwörtlich gewordene Krise und Katastrophe des deutschen Bildungswesens reguliert werden sollte.

Der neue Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU), wie Turner ein Import aus Baden-Württemberg, knüpfte unverhohlen an die Politik des Bildungs- und Sozialabbaus seiner Amtsvorgänger Kewenig und Turner an. Im September 1991 beschloß das Abgeordnetenhaus von Berlin den Abbau von 15.000 Studienplätzen – davon 10.000 an der FU, und Erhardts ‚Hochschulstrukturplan‘ (HSP)<sup>14</sup> sollte das vollstrecken. Statt Reform stand nun wieder Krisenmanagement auf der Tagesordnung.

Daraufhin erfolgte in der FU-Verwaltung eine ‚innere Wende‘. Sie gab das Vorhaben auf, mehr für die Universität einzufordern, sondern war bemüht, das Bestehende durch Zugeständnisse möglichst abzusichern. Es begann eine Kooperation mit der Senatspolitik und der von Erhardt eingesetzten ‚Landeshochschulstrukturkommission‘ (LHSK) (die Hälfte ihrer Mitglieder kamen ebenfalls aus Baden-Württemberg), deren Aufgabe der Abbau von Studienplätzen, sogenannten ‚Doppelangeboten‘ in der Lehre und der ‚Überfrachtung der Lehrinhalte‘ war. Ende 1992 legte sie ihren Abschlußbericht vor. Initiiert durch ProfessorInnen gründete sich die Reformgruppe ‚Sturm für die Unis‘, und die Studierenden ahnten Schlimmes.

Erhardts Hochschulstrukturplan wurde am 02.04.1993 veröffentlicht. Flächendeckender Numerus clausus, festgeschriebene und scharf sanktionierte Regelstudienzeiten sowie Zwangsexmatrikulationen bei deren Überschreitung, Studiengebühren, Zwei-Klassen-Studium und weitere Maßnahmen, die lediglich Statistiken auf Kosten der Studierenden beschönigten, waren die vorgesehenen Instrumente. Erhardt versuchte, diese geplante Krisenverschärfung als ‚Reform‘ und ‚Modernisierung‘ zu verkaufen. Zur Umsetzung verlangte er einen ‚Ermächtigungsparagrafen‘, der den direkten Staatseingriff in die Universitätsautonomie zuließ, um damit die gewünschten Umstrukturierungen auch gegen den Willen der Universitäten durchzusetzen.

Den Universitäten wurde eine Frist von sechs Wochen zur Stellungnahme zugebilligt, doch am 05.05.1993 legte der Akademische Senat (AS) eine Stellungnahme vor, die dem HSP nichts entgegensetzt. Die Hochschulleitung unterwarf sich aus Furcht, daß „alles noch viel schlimmer kommt, wenn sich die Universitäten nicht fügen“, widerstandslos dem erhardtischen Diktat. Damit mißachtete sie – so die geäußerte Kritik – aufs Größte ihre Aufgabe, die Interessen der FU als Universität vehement nach außen zu vertreten, sowie Anmaßungen des Staates und Zumutungen des Kapitals zurückzuweisen.

Die Auseinandersetzungen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre zeigen, daß emanzipatorische Reformen nur dann eine Chance haben, wenn sie gleichermaßen von einer reformwilligen Senatsregierung, einer progressiven Universitätsverwaltung und einem zeitgleichen studentischen Aufbruch getragen werden, dem es gelingt, ein breites reformwilliges Bündnis über die Statusgruppen-



grenzen hinweg zu integrieren, um so die strukturell bedingte Handlungsunfähigkeit durch das institutionalisierte Professorenkartell zu überwinden. Diese Faktoren kamen bisher erst einmal für kurze Zeit zusammen. Das war 1969.

### 5. Die Studierendenproteste 1993

Als der Akademische Senat (AS) der FU am 12.05.1993 Haushaltskürzungen zustimmen wollte, wurde seine Sitzung von aufgebracht Studierenden gesprengt. Eine Vollversammlung (VV) am 19.05.93 im Innenhof der Rostlaube bildete dann den Beginn studentischer Aktionen. 800 Studierende diskutierten daraufhin erfolglos mit den Mitgliedern des AS. Die Fachschaftsinitiativen führten Instituts-VVs durch und neue Initiativen wurden gegründet. Nach einer Uni-VV wurde am 01.06.1993 das Psychologische Institut (PI) besetzt, dem sich in den folgenden Tagen einige andere anschlossen. Am 09.06.93 organisierten die Studierenden einen ‚Spartag‘, bei dem die gesamte Rost- und Silberlaube zu einer studentischen Zukunftswerkstatt im Diskurs mit einer interessierten Öffentlichkeit wurde. Für einen kurzen Moment zeichnete sich die Möglichkeit einer neuen Befreiten Uni ab. Doch das Präsidialamt ordnete daraufhin Wachschatzeinsätze an. Unkoordinierte Streiks und vereinzelte Institutsbesetzungen zogen sich dann noch bis zum Semesterende hin.

Der Konflikt steigerte sich gegen Ende 1993 zu berlinweiten Studierendenunruhen mit Institutsbesetzungen, wobei jedoch erstmals die FU ihre Rolle als Epizentrum studentischer Bewegung verlor und seitdem auch nicht wiedererlangte.

Ein Generationenbruch hatte innerhalb der Studierendenschaft stattgefunden. Die weitgehend desillusionierten ehemaligen Aktiven der 88er UNiMUT-Bewegung verließen mehr und mehr die Universität, und eine neue Studierendengeneration versuchte eine neue Taktik. Doch es gelang nicht, eine neue paradigmatische Programmatik zu entwickeln, die Basis eines längerfristigen studentischen Vorgehens hätte sein können. Allzu schnell ließen sich die Studierenden mit ‚Schein‘-Ängsten vor einem ‚verlorenen Semester‘ einschüchtern. Doch gerade dieses fremdbestimmte Normstudium gilt es zu verlieren, um eine neue Uni mit neuer Wissenschaft zu gewinnen.

Ein Höhepunkt dieser Proteste war die sogenannte ‚Besetzung‘ des Preußischen Landtages, dem Sitz des Berliner Abgeordnetenhauses, durch ein Go-in von 4000 Studierenden am 29.11.1993 (Berliner Zeitung: 30.11.1993). Dennoch wurde am 03.12.1993 vom Abgeordnetenhaus die Änderung des BerlHG verabschiedet, um den Hochschulstrukturplan umzusetzen. Die Fachbereiche wurden daraufhin aufgefordert, ihre Studienordnungen bis zum April 1995 an das neue BerlHG anzupassen.

Vor Weihnachten bröckelte jedoch die Protestfront ab und konnte 1994 nicht wiederbelebt werden, obwohl ein zweimonatiger Stellenstopp Lücken ins Lehrangebot riß. Die Streikbereitschaft der Studierenden war gründlich aufgebraucht, so daß eine sogenannte ‚Zwangsberatung‘, als Versuch der FU-Führung, mit den sogenannten ‚Langzeitstudierenden‘ das kritische Potential der Studierendenschaft von den Universitäten zu verbannen und die Produktions- und Durchlaufzeiten der Lernfabrik Universität zu maximieren, im SoSe 1994 und im WS 1994/95 durchgezogen wurde, ohne einen Proteststurm auszulösen. 15.000 FU-Studierende, die eine ‚Regelstudienzeit‘ um mindestens 2 Semester überschritten hatten, wurden im SoSe 1994

vom Präsidialamt in blauen Briefen (sic!) unter Androhung einer Zwangsexmatrikulation Studienberatungen verordnet (Die Welt: 28.05.1994). Eine Studie von Prof. Peter Grotian entlarvte das Konstrukt des ‚Langzeitstudierenden‘ dagegen als ‚Mythos‘ (taz: 24.06.1994). Im WS 1994/95 erhielten nochmals 23.000 von 60.000 Studierenden der FU, „die bei der Zwischenprüfung um mehr als 2 Semester überfällig sind“, ‚Blaue Briefe‘ (Die Welt: 05.12.1994). Zwischenbilanz dieser ‚Zwangsberatungen‘ waren bis zum SoSe 1995 7.000 Exmatrikulationen und eine Reduzierung der Studi-Zahlen auf unter 50.000 (taz: 30.06.1995).

### 6. Die Studi-Proteste 1996

Geplante Studiengebühren, Verkürzungen der Regelstudienzeiten, BAföG-Verzinsungen und Institutsschließungen sowie der Abbau von weiteren Studienplätzen und neue Haushaltskürzungen führten erst wieder im WS 1995/96 und im SoSe 1996 zu studentischen Protesten mit Demonstrationen, Aktionstagen und kurzfristigen Institutsbesetzungen. Am 26.02.1996 besetzten 30 Studierende der FU medienwirksam für wenige Stunden die deutschen Botschaften in Brüssel und Luxemburg sowie das Generalkonsulat in Amsterdam (taz: 27.02.1996). Eine Qualität wie im WS 1993/94 erreichte diese studentische Protestbewegung jedoch nicht.

Erstmals in der FU-Geschichte beteiligten sich im SoSe 1996 auch ProfessorInnen an den Protesten. Die von ihnen über Jahrzehnte tolerierte und zum Zweck des eigenen Machtausbaus mitgetragene Destruktionspolitik an den Universitäten drohte nun auch sie selbst zu treffen. Auf einer überfüllten Veranstaltung im Audimax der FU bat FU-Präsident Gerlach um „kreative Proteste“ und ermutigte die Studierenden zu Aktionen (Die Welt: 24.04.1996). Aus dem laufenden Etat wurden den Berliner Hochschulen im SoSe 1996 noch einmal 196 Mio. DM gestrichen. Die Bibliotheken standen vor der Entscheidung, entweder Bücher oder Periodika abzubestellen. In der OSI-Bibliothek beispielsweise wurden 75 % aller Abos gekündigt.

Entgegen den Anstrengungen einer studentischen Boykottinitiative wurden durch Wissenschaftssenator Peter Radunski zum WS 1996/97 erstmals sogenannte ‚Immatrikulations- und Rückmeldegebühren‘ in Höhe von 100 DM erhoben, als Vorgriff auf zu erwartende Studiengebühren. Im gleichen Semester wurde die Rentenversicherungspflicht für Studierende eingeführt, nachdem am 13.09.1996 der Bundestag die Sozialversicherungsbefreiung für Studierende aufgehoben hatte. Zudem wurde die Privatisierung der Hochschulen erwogen. Mit einem wilden Umzugskarussell täuschte die FU-Führung unsinnigen Aktionismus vor, während die Vernichtung von Studienplätzen neue Rekordzahlen erreichte.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Abwicklung der FU mit der vom Akademischen Senat eingesetzten sogenannten ‚Entwicklungs- und Planungskommission‘ (EPK). Mit dessen ‚Strukturkonzept 2003‘ trat – so die damalige Polemik – die ‚Selbstverstümmelung der FU‘ in das Stadium des ‚begeisterten Selbstmords‘ ein.

### 7. Der bundesweite Streik im WS 1997/98

Zum WS 1997/98 setzte eine in Hessen beginnende breite studentische Protestbewegung ein. Doch erst als schon fast alle bundesrepublikanischen Hochschulen im Ausstand waren, schloß sich auch die Studierendenschaft der FU per VV-Beschluß vom 20.11.1997 den Protesten an.

mester 1989 von selbst ein ordnungsgemäßer Lehrbetrieb einstellt.“ Deshalb „... sollen die Gebäude umgehend geräumt und erforderlichenfalls kurzzeitig verschlossen werden. Wird erneut besetzt, ist erneut zu räumen [...]“. Auch die Idee zum autoritativen Management der geschichtlichen Krise der FU durch einen Wachschatz, das bis heute üblich ist, scheint von Zegenhagen zu stammen. Dieser am 17.02.1989 in: Maßnahmen in der Boykottsituation: „Denkbar ist eine intensive aber kostenaufwendige Aufsicht durch eine Wachgesellschaft, die z. B. auch den laufenden Schließdienst für alle Hörsäle (sic!) übernimmt.“ Unter dem Regime von Präsidialamtsleiter Peter Lange ist diese schöne neue orwellsche Universität dann ein Stück Wirklichkeit geworden.

<sup>11</sup> Auch einen Monat nach der Abwahl des CDU/FDP-Senates funktionierte die Zusammenarbeit zwischen dem noch amtierenden Innensenator Kewenig und FU-Präsident Heckelmann hervorragend, wie aus einem Schreiben Heckelmanns an Kewenig vom 27.02.1989 hervorgeht: „Für die Tage nach einer Räumung bitte ich um einen besonderen Schutz des Präsidialamtes.“

<sup>12</sup> Nach den Räumungen war sich das Präsidialamt seines Sieges nicht sicher: „Es ist zu befürchten, daß es einigen radikalen Gruppierungen unter den Studenten gelingen wird, den Streik auch im Sommersemester 1989 – vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern – fortzuführen.“ So ein Rundschreiben des FU-Präsidenten an die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der FU vom 10.03.1989.

<sup>13</sup> Gerlach galt als Gegner des NoFU-Professorenkartells. Der offiziellen 40-Jahr-Feier der FU blieb er fern. Dies begründet er in einem Antwortschreiben an Heckelmann vom 01.12.1988: „[...] Die meisten FU-Angehörigen berührt diese Feier nicht. Viele, die sich mit der FU identifizie-

ren, indem sie ihr viel verdanken und geben, würden sich in einem angemessenen Rahmen sicher gern zu ihrem Geburtstag versammeln, um über die heute bedrückenden Sorgen der Universität – ihren inneren Zustand wie die ständige Mißachtung ihrer funktionalen Bedeutung durch den Staat – zu sprechen. Diese wirklichen Anliegen sind nicht feierlich. Deshalb zeigt die gleichwohl veranstaltete Festlichkeit die völlige akademische Inkompetenz der dafür Verantwortlichen. Man kann der FU zum Geburtstag nur wünschen, daß sie auch diese Zeit einigermaßen übersteht.“ Leider sind diese Zeilen nach wie vor gleichermaßen aktuell.

<sup>14</sup> Eine kurze Geschichte des HSP ist in: ASiA FU, Mein erstes Semester, SoSe 1994, S. 21–25.

<sup>15</sup> Eine wahre Fundgrube ist mit 468 Seiten der Reader zum BUG-Kongress.

<sup>16</sup> Nach Pierre Bourdieu (Bourdieu, Pierre 1988: Homo academicus, S. 287) wird ein ‚kritisches Moment‘ durch ‚kritische Ereignisse‘ erzeugt. Der ‚krisische Moment‘ ist ein Zustand, „in dem gegen die alltägliche Erfahrung der Zeit als bloße Weiterführung der Vergangenheit oder einer in der Vergangenheit angelegten Zukunft alles möglich wird, oder doch erscheint, in dem die Zukunft wirklich kontingent, das Kommende wirklich unbestimmt, der Augenblick wirklich als solcher erscheint – in der Schwebe, abgehoben, ohne vorgesehene noch vorhersehbare Folgen.“

<sup>17</sup> Doch auch wenn sich keine direkten Erfolge erkämpfen ließen, ist kein Streik umsonst. Wesentliche Wirkungen sind eher unscheinbar und wirken langfristig. Jeder Streik verbessert die Ausgangslage der Studierenden: Ein Politisierungsprozess setzt ein, langfristige Arbeitsgruppen entstehen, Solidarisierung durchbricht die Anonymität.

<sup>18</sup> Aus: Herbert Marcuse 1973: Konterrevolution und Revolte, Frankfurt/M, S. 153–154.

Obwohl die Dynamik der Bewegung anfänglich die Hoffnung auf eine Neuauflage der UNiMUT-Bewegung von 1988 aufkommen ließ, verhinderte an der FU schnell inhaltliche Konzeptlosigkeit die Formierung eines geschichtsmächtigen studentischen Kollektivsubjekts. Der Streik fand im Wesentlichen nicht innerhalb der Universitäten statt, sondern vollzog sich in Form eines ungeordneten Rückzuges in die individuelle Privatsphäre. Diesen Trend konnte auch der bundesweite studentische Basiskongress: ‚Bildung und Gesellschaft‘ (BUG) vom 08.–11.01.1998 in Berlin nicht mehr kippen, obwohl 3000 TeilnehmerInnen einen beachtenswerten Forderungs- und Maßnahmenkatalog entwarfen<sup>15</sup>.

Daher wurde aus dem Protest kein neuer studentischer Aufbruch und eine mögliche Geschichte erfüllte sich nicht: Der Kritische Moment (Bourdieu) schlug nicht in ein Kritisches Ereignis um<sup>16</sup>. Bis auf begrenzte Einzelfälle, wie z. B. dem ‚Roman-Herzog-Institut‘ am Fachbereich Germanistik in der Woche vom 19.–23.01.1998, kam es nicht zur Wiedereingliederung der Universität und des eigenen Studiums als selbstbestimmter Lebensform im Rahmen eines aktiven, konstruktiven Streiks<sup>17</sup>. Ohne die Schaffung selbstbestimmter Freiräume hat das Nachdenken über wünschenswerte Alternativen und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten keine Chance und eine komplette Studierendengeneration diskriminierte den Neuentwurf ihrer eigenen Zukunft und die der gesamten Gesellschaft. Es wurde nicht die Chance ergriffen, die Universität ihrer ureigensten Aufgabe zuzuführen: Experimentierfeld und Zukunftswerkstatt der Gesellschaft zu sein, Entfaltungsraum und öffentliches Forum freier Gedanken und ungezwungenen Geistes, einer Universität, die mit der übrigen Gesellschaft, in die sie unmittelbar eingebunden ist, in engster Wechselwirkung und direktem Austausch steht und soziale Kompetenzen für individuelle Selbst- und gesellschaftliche Mitbestimmung vermittelt. Eine Universität, die allen unbeschränkt offensteht, um hier im freien, antihierarchischen und antihierarchischen Diskurs wünschenswerte Möglichkeiten und notwendige Alternativen zu entwickeln. Eine Universität, die nicht als normierende Kader- und Elitenschmiede, als Fachidiotenproduktionsstätte einer gleichgeschalteten Wissens- und Kulturindustrie für die neoliberale Durchdringung der Gesellschaft autoritativ formiert wird, und deren Mitglieder sich vehement gegen eine Eindimensionalisierung der Wissenschaft für Herrschafts- und Verwertungsinteressen wehren.

Die Frage ist, wie die Universität als Kulturraum zurückgewonnen und wiederbelebt werden kann, in der einer kritischen und engagierten Studierendenschaft eine zentrale Rolle zukommt. Eine universitäre Öffentlichkeit muß erst wieder neu geschaffen werden, um den Trend zur Geistlosigkeit der Universität, ihrer Verschulung und Entwissenschaftlichung, sowie der Enttheoretisierung der Wissenschaft umzukehren. Dafür müssen Universität und Wissenschaft dorthin gestellt werden, wo sie hingehören: in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Hieraus erwächst eine besondere gesellschaftliche Verantwortung für eine engagierte Studierendenschaft.

## 8. Wie weiter?

Die Dialektik von ‚Konterrevolution und Revolte‘ (Marcuse)<sup>18</sup> ist in den 90er Jahren keine mehr. An den Universitäten ist z. Z. keine emanzipatorische Kraft erkennbar, die ein wirksames Gegengewicht gegen eine 25jährige ‚Konterrevolution in Permanenz‘ darstellen könnte. Studentischer

Widerstand reduziert sich noch auf sporadische Unmutsbekundungen, ohne sichtbare Potentiale, die normierende Macht des gesetzten Faktischen zu transzendieren, um so von der Krise des Bewußtseins zum Bewußtsein der Krise zu gelangen.

Dennoch ist es falsch, daraus zu schließen, daß die jetzige Studierendenbewegung eine unpolitische Bewegung sei. Was hier stattfindet, ist ein Verteilungskampf um gesellschaftlichen Reichtum. Die Studierenden versuchen, das zurückzufordern, was ihnen über 16 Jahre genommen wurde. Auch beschränken sich die Forderungen der Studierenden nicht auf mehr Geld für die Universitäten, sondern eingefordert wird mehr Geld für alle sozial benachteiligten Gruppen. Dies sei durch Umverteilung von oben nach unten zu beschaffen.

Das unterentwickelte theoretische Niveau ist dagegen der historischen Situation geschuldet, aufgrund 16jähriger Entpolitisierung aller gesellschaftlicher Bereiche, einer angepaßten Medienöffentlichkeit, einer orientierungslosen Linken, der Repression kritischer Meinungen wie z. B. im Fall der Maulkorbklagen gegen ASten, und des Fehlens organisierter Opposition, die sich offensiv äußert. Vor diesem Hintergrund ist schon die Forderung nach Umverteilung geradezu revolutionär. Aufgabe ist es nun, die entstandene Bewegung weiter zu politisieren.

Hierbei ist es notwendig, aber nicht hinreichend, die Kritik am Neokonservatismus und Neoliberalismus als Kritik der politischen Ökonomie zu betreiben. Vielmehr ist eine Kritik der politischen Technologie erforderlich. Denn Sparpolitik folgt nicht einfach vermeintlichen ökonomischen (Haushalts-) Sachzwängen, sondern ist längst zu einem Instrument autoritativer Transformation der gesamten Gesellschaft geworden. Dies gilt besonders für den Bildungsbereich, wo sich neoliberale Politik nahtlos in ein jahrzehntelanges rechtskonservatives Roll-back einfügt. Da es nicht gelang, eine Hegemonie über die Universitäten zurückzuerlangen und auch die autoritative Eindämmung der Bildungslandschaft durch Berufsverbote, Radikalenerlass, das Verfassungsgerichtsurteil von 1973, die Universitätsgesetznovelle von 1974 und die Erklärung der Universitäten zum „geistigen Umfeld des Terrorismus“ letztlich nicht von Erfolg gekrönt war, leistet die anonymisierte Herrschaft über die verordnete Krise mittels konstruierter ökonomischer Sachzwänge dies umso präziser. Die Universitätslandschaft wird in Trümmern gelegt, denn der ‚Standort Deutschland‘ verlangt nicht massenhaft kritische IntelligenzlerInnen, sondern unbegrenzt verfügbare ‚menschliche Ressourcen‘ und beliebig verwertbares ‚Humankapital‘. Zu geistlosen Lernfabriken transformierte Universitäten, ‚Schädelstätten des Geistes‘, sollen dies in Massen, zugerichtet nach DIN-Norm, ausstoßen. So sind in Folge der Entwicklung Massenverblödung und Fachidiotismus im Hegemoniemodell Deutschland die entscheidenden Standortfaktoren.

Diesen Verwertungsinteressen gilt es sich im Interesse der Zukunft der Gesellschaft zu widersetzen, denn:

„Heute ist es schon fast ein Verbrechen, über Veränderung nur zu sprechen, während die Gesellschaft in eine Institution der Gewalt verwandelt wird [...]. Was der Revolte durch die verstärkte Unterdrückung und die Konzentration der zerstörerischen Kräfte in den Händen der Mächtigen aufzungen wird, muß für ihre Reorganisation, für die Überprüfung ihrer Politik genutzt werden. [...] Der Ausgang hängt entscheidend davon ab, daß die junge Generation weder ‚aussteigt‘ noch sich anpaßt, sondern lernt, sich

nach einer Niederlage zu reorganisieren und mit der neuen Sinnlichkeit eine neue Rationalität zu entwickeln, um den langen Erziehungsprozess zu überstehen – die unentbehrliche Voraussetzung für den Übergang zu politischen Aktionen großen Stils. [...]“ – Herbert Marcuse<sup>19</sup>

Im Rückblick auf eine 50jährige Entwicklung der Krise der FU läßt sich feststellen, daß sie als Teil der sprichwörtlichen ‚Katastrophe des deutschen Bildungswesens‘ beachtliche Kontinuitäten tradiert. Es sind immer wieder die gleichen Problemkonstellationen, die in leichten zeitgeschichtlichen Abwandlungen die Dialektik des Kulturkampfes zwischen Konterrevolution und Revolte ausmachen, also die Konflikte prägen und die Konfliktlinien bestimmen. Die 50jährige Geschichte der FU steht exemplarisch für diese Entwicklung.

Diese Entwicklung läßt sich ohne Rekurs auf die deutsche Geschichte der letzten 200 Jahre nicht hinreichend begreifen, deren bildungs- und sozialpolitische Konfliktlinien letztlich zwischen Emanzipation und Sozialtechnologie verlaufen.

Wesentliche durchgängige Elemente des 50jährigen Krisenprozesses der FU sind (12 Thesen, vorläufig, ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

1. Entdemokratisierung: Systematische Marginalisierung der Studierendenschaft und Zurückdrängung ihres Einflusses in den Selbstverwaltungsorganen einer Universität, die einmal von Studierenden als demokratische Gegenuniversität und politische Reformuniversität in der Hoffnung auf Demokratisierung von Universitäten und Gesellschaft gegründet wurde. Das skandalöse Verfassungsgerichtsurteil vom 29.05.1973 steht exemplarisch für diesen Prozess<sup>20</sup>.

2. Militarisation und Sozialtechnologisierung des öffentlichen Raumes Universität: Die systematische Einschränkung der freien Entfaltungsmöglichkeit der Studierendenschaft innerhalb der Institution Universität und die Beschneidung ihres Rechtes auf ungehinderte Nutzung universitärer Räumlichkeiten durch autoritativ-hierarchisches Management der FU-Verwaltung, mittels phantasie-reicher Strapazierung und repressiver Auslegung des Haus- und Ordnungsrechts, der Verwaltungs- und Bauordnung, sowie Versuchen der sozialtechnologischen Pazifizierung der Krise der FU durch z. T. exzessive Polizeieinsätze und permanent präsente Wachschutzeinheiten auf dem Campus. Die Lernfabrik Universität läßt sich nur in einer total verwalteten Welt erzwingen, die Geistlosigkeit der Universität heute ist die Folge.

3. Hierarchisierung: Marginalisierung der Studierendenschaft innerhalb des Wissenschaftsbetriebs durch Restauration des überkommenen Gegenübers des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, anstatt die Freiheit von Forschung und Lehre allen zu gewährleisten. Die Universität hat zu ermöglichen, daß „ihre Studierendenschaft jede Person zu jedem Thema zu jeder Zeit hören und mit ihr diskutieren kann.“<sup>21</sup>.

4. Refeudalisierung: Reinstallation von überwunden geglaubten Strukturen der ständischen Ordinarienuniversität. Es ist völlig inakzeptabel, daß sich gerade an den Universitäten derart hartnäckig vordemokratische gesellschaftliche Atavismen behaupten, wie wir sie sonst nur noch beim Militär, beim postabsolutistischen staatlichen Verwaltungsapparat und in der ‚freien Wirtschaft‘ vorfinden.

5. Differenzierung und Spaltung der Studierendenschaft durch gesetzte Selektionsinstrumente, durch Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen, die den Selektionspro-

zess des Schulsystems fortführen, unterschiedliche Lebenschancen zuteilen und soziale Ausgrenzung produzieren.

6. Enteignung und Fremdbestimmung des gesamten Produktionsprozesses des eigenen Studiums durch Unterwerfung der Studierenden unter das Wertgesetz des ‚Schein‘-Studiums und der Zertifikatakkumulation, Gängelung und Bevormundung über eine zur systemstabilisierenden Leistungsmoral verkommene effizienzorientierte ‚Aus‘-Bildung durch ‚Leistungsnachweise‘, Prüfungen, Klausuren. Herrschaft über Curriculum, Numerus clausus und Studienordnungen. Abschlüsse und Diplome werden so letztlich für erfolgreiche Anpassungs- und Unterwerfungsleistungen vergeben.

7. Verdrängung selbstbestimmter, autonomer studentischer Lehre und Forschung. Ständige Versuche der Zerschlagung des vielfältigen Berliner Tutorienmodells und Unterwerfung der Tutorien zu Handlangerdiensten für Lehrstuhlinhaber.

8. Zerstörung der Universität als Kulturraum. Sterilisierung und Desinfizierung der Universität für lebensfremde asketische Wissensproduktion. Verhinderung und Unterdrückung von Versuchen einer Rückgewinnung der Universität als Kulturraum, der im Mittelpunkt öffentlichen Interesses und der gesellschaftlichen Diskussion steht.

9. Tradierung von personellen und paradigmatisch-theoriekonzeptionellen NS-Kontinuitäten in Forschung und Lehre, insbesondere in den Naturwissenschaften. Die paradigmatische Wende von der ‚Wehrhaftmachung der Wissenschaft‘ für Kriegs- und Produktionsschlachten, hin zu einer Wissenschaft für eine zivile Gesellschaft gelang erst in Spuren.

10. Etablierung von Herrschaftswissenschaft, Machtphilosophie, Verwertungs- und Vernichtungstechnologien. Unterdrückung kritischer und emanzipativer Ansätze. Entzug der Wissenschaft der demokratischen Kontrolle durch eine kritische Öffentlichkeit. Wissenschaft wird so gemeingefährlich, Wissenschaftler werden zu potentiellen Tätern.

11. Auslieferung der Universität an und Gleichschaltung der Wissenschaft für Herrschafts- und Verwertungsinteressen von Staat und Kapital. Der mögliche Beitrag einer herrschaftskritischen und antihegemonialen Wissenschaft zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme wird diskriminiert, Minderheiten und Randgruppen werden aus der Betrachtung ausgegrenzt.

12. Gewaltsame Zerschlagung aller studentischen Versuche, Universität und Wissenschaft in kritischer Praxis und praktischer Kritik am herrschenden Wissenschaftsbetrieb neu zu konzipieren, wie im Fall der Kritischen Uni 1967/68 und der Befreiten Uni 1988/89. Vertreibung der Volksuni aus der FU, Verhinderung von selbstorganisierten studentischen Sommeruniversitäten.

1948 galt die FU als Modell für einen demokratischen Neubeginn in Universität und Gesellschaft. Dies ist in Vergessenheit geraten. Umso mehr brauchen wir heute eine freie Universität, die Maßstäbe für eine demokratische Weiterentwicklung von Universitäten und Gesellschaft setzt.

In diesem Sinne sind wir alle aufgefordert, Universität neu zu erfinden und Wissenschaft neu zu entdecken.

Doch wer soll dies tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt? 50 Jahre FU wären daher ein Anlass, ihren Modellsanspruch und ihre Utopie aufzugreifen, neu zu interpretieren und zeitgemäß umzusetzen.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Den ProfessorInnen wurde damals unter Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit die Mehrheit in den universitären Gremien zugesprochen („ausschlaggebender Einfluß“) und die Drittel- bzw. Viertelparität verboten.

<sup>21</sup> Aus der Resolution des Sit-in im Henry-Ford Bau vom 22./23.06.1966, womit eine Forderung der Studierenden in Berkeley aufgegriffen wurde.